

Zeitschrift: Zeitschrift für Sozialhilfe : ZESO
Herausgeber: Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe SKOS
Band: 98 (2001)
Heft: 2

Rubrik: Aus Bundespolitik und Sozialversicherung

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Aus Bundespolitik und Sozialversicherung

Ruf nach billigen Arbeitskräften: Landwirtschafts- und Gewerbekreise wollen vermehrt unqualifizierte ausländische Hilfskräfte anstellen. SVP-Nationalrat Jean Fatteberg (VD) reichte, unterschrieben von 20 Kollegen – vor allem Bauern aus SVP, FDP und CVP – eine Motion ein, die einen neuen Aufenthaltsstatus einführen will. Dieser würde unabhängig von Herkunft und Qualifikation der AusländerInnen für Tätigkeiten gewährt, die auf acht Wochen befristet sind. Als «pikant» bezeichnete die NZZ Anfang Januar die Begründung, wonach die Landwirtschaft heute auf Schwarzarbeit angewiesen sei, um die Ernte einzubringen. «Höhere Löhne für legale Arbeitskräfte aus der Schweiz oder aus einem EU-Land zu zahlen, ist für die Motionäre offenkundig keine Alternative», schrieb die Zeitung.

EKA komplett: Nach mehreren Rücktritten anfangs 2000 ist die Eidgenössische Ausländerkommission (EKA) wieder vollzählig. Der Bundesrat hat noch im Dezember die Kommission neu bestellt. Sie umfasst 29 Personen, neben VertreterInnen von Kirchen und Verbänden sowie von Städten und Kantonen arbeiten auch Ausländerorganisationen mit. Viele Mitglieder sind ausländischer Herkunft: Sie stammen aus Italien, Spanien, Portugal, Türkei, Kroatien, Kosovo, Ecuador, Brasilien, Philippinen und Tunesien. Allerdings wurde der in der neuen Integrationsverordnung fixierte Mindestanteil von 50 Prozent AusländerInnen nicht erfüllt. Der Sinn dieser Verordnung werde den-

noch in «hohem Mass» erfüllt, sagte EKA-Präsidentin Rosmarie Simmen, seien doch etliche Personen mit Schweizerpass vertreten, die über grosse Erfahrungen darüber verfügten, «was es heisst, als Ausländer in der Schweiz zu leben». Der Bundesrat bestätigte Rosmarie Simmen als Präsidentin und Walter Schmid als Vizepräsidenten der EKA.

Mehr Gesuche als erwartet: Bis Anfang Januar gingen bei der EKA 164 Gesuche zur finanziellen Unterstützung von Integrationsprojekten ein. EKA-Vizepräsident Walter Schmid rechnet mit total 300 Gesuchen und einem Volumen von 25 bis 30 Millionen Franken. Der EKA stehen allerdings lediglich 10 Millionen zur Verfügung, für das nächste Jahr will sie eine Aufstockung des Kredites fordern.

Soziale Frührente: Linke, Bauern und welsche Bürgerliche beschlossen Mitte Januar in der Nationalratskommission ein Modell, das Rentenkürzungen bei Frühpensionierung für Leute bis zu einem mittleren Einkommen besser abfedert. Dafür sollen entgegen der Absicht des Bundesrates 800 statt nur 400 Millionen Franken eingesetzt werden. Zudem soll als massgebliches Einkommen auf das reine Erwerbseinkommen, ohne Kinderbetreuungszulagen, abgestellt werden. Laut der Zeitung «Der Bund» würde die monatliche Rentenkürzung bei einer Pensionierung mit 62 Jahren bei einem Einkommen von 50'000 Franken von 300 Franken (Bundesratsmodell) auf 142 Franken reduziert. gem